

Rede von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich seiner Verabschiedung durch Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,
lieber Kollege Mentrup,
liebe Gäste,

als ich im Sommer 2018 Präsident des Städtetags wurde habe ich ein klares Ziel gehabt: die bei manchen vorhandene Sichtweise auf den Städtetag als Lobby-Verband, der um mehr Geld für Städte kämpft, zu korrigieren. Städte und Kommunen sind die entscheidende operative Ebene in fast allen Bereichen öffentlichen Handelns, sie sind aber auch eine entscheidende strategische Ebene, haben wichtige Erfahrungen, Ideen, Konzepte mitzuteilen und sind nicht blind für die gesamtstaatlichen Herausforderungen, sondern sind wesentliche Akteure, diesen zu begegnen. Ich wollte, dass wir mit diesen Konzepten und Kompetenzen sichtbar werden. Die Überschrift „Städtetag verlangt mehr Geld“, mag für die Mitgliedschaft gut klingen, wenn sie überhaupt noch medialen Eingang findet, sie nimmt aber nicht nur Raum für das oben beschriebene Selbstverständnis, sie ist auch öffentlich ziemlich funktionslos, wenn sich die verbundene inhaltliche Dimension nicht vermittelt. Dann bleibt es bei einem hohl wirkenden Appell und die ständige Wiederholung führt nur dazu – das kennen wir aus der Pädagogik unter dem Begriff „elterntaub“ –, dass niemand mehr zuhört. Das hat sich etwas geändert, nicht zuletzt durch die dramatischen Zeitläufte. Wohnungsbau und Migration, die Handlungsfähigkeit der Städte und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes waren die Themen im Sommer 2018. Ich hätte mir nicht vorstellen können, welche Herausforderungen auf uns als Städtetag warten würden. Die damaligen Themen sind immer noch aktuell und manches ist erwartbar stärker in den Fokus gerückt, wie beispielsweise die Transformation aufgrund der Klimakrise oder der Fachkräftemangel. Nicht vorstellbar waren eine weltweite Pandemie und die Folgen des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine.

Ich möchte nicht wiederholen, was schon ausgeführt wurde zu den besonderen Anforderungen, sondern auf die positive Erfahrung in dieser Pandemie verweisen: mit der Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände in den erweiterten Lenkungsausschuss unter ihrem Vorsitz Herr Dr. Stegmann, gab es ein historisch einmaliges Format intensiver regelmäßiger Kommunikation, das nicht in einem Top-Down bestand, sondern zumindest über eine längere Strecke etwas etabliert hat, was für mich übergreifend eine Notwendigkeit auch in der Zukunft ist: Strategieanpassung durch neue Erkenntnisse und die Erfahrung vor Ort, ein Gegenstrom-Verfahren zwischen Kommunen und Land, das den praktischen Erfolg oder Misserfolg zum Ausgangspunkt des Handelns nimmt. Das hat nicht nur die Akzeptanz der Maßnahmen, aber auch der Verfahren (Freitag oder gar Sonntag kurz vor Mitternacht die Verkündung einer neuen Verordnung) überhaupt ermöglicht.

An dieser Erfahrung sollten wir noch einmal versuchen anzuknüpfen. Denn wir sind in einer herausfordernden Situation historischer Dimension.

Unsere letzte Vorstandssitzung „vor Corona“ hat bei Ihnen in der Villa Reitzenstein stattgefunden, Herr Ministerpräsident. Damals haben wir uns schon über das Miteinander zwischen Land und Kommunen ausgetauscht und abschließend vereinbart, ein neues Format zu finden. Sie selbst hatten Staatsminister Dr. Stegmann beauftragt, mit uns einen Strategiedialog Land und Kommunen zu entwickeln.

Dann kam Corona und alle anderen Pläne für das neue Jahr mussten von heute auf morgen in den Hintergrund treten.

Aber die grundlegende Frage hat sich neu aktualisiert:

Der schon zweimal gefallene Begriff der Transformation bedeutet eine grundlegende, gewollte Veränderung zu etwas Neuem und diese Veränderung betrifft unsere Infrastrukturen, unsere Wirtschaft und unser Verhalten: Neues Bauen und vor allem Bewahren, neue Verkehrsinfrastrukturen, grüne Fernwärme und Wärmepumpen, Schwammstadt, Kühlung und Artenschutz, echte Kreislaufwirtschaft und weniger Müll, nachhaltige Nahrungssicherung und so Weiter, wer will das ohne die Kommunen oder einfach durch Vorgaben

erreichen?

Und das ist nicht die einzige Frage:

Was ist Identität, was ist Heimat? Wie gehen wir konkret, vor Ort, mit Migration um, welche Möglichkeiten der Integration bestehen, wie bewahren wir Vertrauen

in die Institutionen, stärken und schützen wir unsere Demokratie? Wie fühlen sich Menschen sicher, sind verschiedene Lebensmodelle möglich, wird Beruf und Familie vereinbar? Und das alles bei Mangel an Arbeitskräften, Räumen, Material, Geld?

Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen.

Das zu wissen und ernst zu nehmen, bedeutet auch: Kommunen und insbesondere die Städte, die viele Trends früher erfahren, sind nicht einfach eine Umsetzungsebene. Sie sind Seismographen, Erfahrungsräume und Labore sowie Gestaltungsebene aus eigenem Recht.

Das substantiell und ernsthaft in der Dimension und in der Geschwindigkeit zu nutzen, wie es nötig wäre, dazu fehlt uns allen bislang die Methodik.

Eine Staatssekretärin aus einem Bundesministerium hat mir - als wir erklärten, dass ein gesetzgeberisches Vorhaben in der Praxis nicht funktionieren wird – zur Antwort gegeben „es kann ja nicht sein, dass die Kommunen dem Bund sagen, was er zu machen hat.“

So kommen wir nicht weiter. Es geht nicht darum, wer wem eine Ansage macht. Wir müssen beschreiben, was wirken und was nicht wirken kann und ein ernsthaftes Reflektieren darüber und eine Reaktion darauf ist zwingend. Im Alltag gehen alle möglichen Argumente von Koalitionsarithmetik über die angenommene öffentliche Meinung bis zu Finanzierungstechniken vor. Die angestrebte Wirkung und die Frage, ob etwas funktionieren kann, ist nachrangig. Die Kommunen waren auch ein Seismograph in der Frage, dass wir uns übersteuert haben und uns selbst fesseln. Das haben wir gemeinsam mit anderen Verbänden zum Ausdruck gebracht. Die mit dem Land vereinbarte Entlastungsallianz ähnelt im Grunde dem Ansatz, den wir - schon wie erwähnt -

vor Corona vereinbart hatten.

Für den Städtetag will ich dabei verdeutlichen, dass wir nicht die notwendigen gesellschaftlichen Ziele abmelden wollen oder einen Rückzug des Staates propagieren. Im Gegenteil: wir erleben, dass die Leistungserwartungen an die öffentliche Hand beständig steigen.

Und in Zeiten großer Verunsicherung ist es kein Rezept, sich zurückzuziehen und allein an Verantwortung der Einzelnen zu appellieren. Unsere Frage ist vielmehr, wie wir den neuen und vermehrten Aufgaben, die zwingend sind, gerecht werden können. Und hier stoßen die bisherigen sektoralen Standards und die sektorale Regulierung an ihre Grenzen.

Nehmen wir hier im Forum Haus der Architektinnen und Architekten ein Beispiel aus dem Bereich des Bauens. Schon vor mehr als 20 Jahren hat sich Rolf Böhme darüber beschwert, dass er eine französische Schule nicht weiter betreiben kann. Wir bauen auch heute neben eine sehr inklusive, freundliche und großzügige amerikanische Grundschule eine neue deutsche Grundschule für 30 Mio.€. Dass wir das müssen, hat aber weder mit einem echten ökologischen noch einem zwingenden pädagogischen Ziel zu tun.

Oder stellen wir uns vor, wir wollten einen großen Wohnblock der 60er oder 70er Jahre für den sozialen Wohnungsbau erhalten – vielleicht wie in Bordeaux durch eine Attraktivierung mit großen Wintergärten vor den Wohnungen und einem Aufwand von weniger als 100.000€ pro Wohnung.

Wir wissen wie es ausgehen würde:

Abriss, weil die Wohnungen nicht den Wohnungsgrundrissen der Förderbedingungen entsprechen, bestimmte energetische Standards eventuell nicht erreicht werden oder bestimmte Kostengrenzen überschritten werden.

Bis vor kurzem haben wir alle die Achsel gezuckt, weil wir das nicht als existentielles Problem gesehen haben, sondern als fast schon charmanten Preis einer Wohlstandsgesellschaft, die sich so etwas eben leisten kann. Das geht jetzt nicht mehr.

Bildungsgerechtigkeit und Vereinbarkeit Familie und Beruf sind ähnliche Beispiele: seit 2001 liegt das Thema der mangelnden sozialen Integrationsleistung des Bildungssystems in Deutschland auf dem Tisch. Trotz mehr Ressourcen bleibt mangelnde Bildungsgerechtigkeit das deutsche Thema im internationalen Vergleich. Mehr Menschen, Räume, mehr allgemein verbindliche Standards und mehr Rechtsansprüche haben keine Wende für die schwächsten 20% gebracht. Und als ob wir keine anderen Herausforderungen und Themen hätten, diskutieren wir über erneut über G9, was für das beschriebene Problem nichts ändern wird. Bildungspolitisch sind wir da vielleicht nicht mal im Städtetag einig - wobei ich dort eine Chance sehen würde, wenn wir es gemeinsam vertiefen - aber eines ist klar und da sind wir uns einig: es gibt dafür keine Ressourcen – weder räumlich noch personell.

Sie fehlen uns schon bei den jetzt schon beschlossenen Ansprüchen. Es gibt Städte und Gemeinden, in denen können aktuell 20 Prozent der genehmigten Plätze im U3- und Ü3-Bereich nicht angeboten werden. Ursache ist der ständig steigende Personalmangel.

Wir müssen das ehrlich festhalten: Unter den aktuellen Rahmenbedingungen können die hohen Erwartungen an die frühkindliche Bildung nicht mehr erfüllt werden.

Dabei bleiben wir nicht bei der Problembeschreibung stehen. Wir entwickeln Lösungen. Wir stellen Entlastungskräften in den Kitas ein. Wir qualifizieren pädagogisch kompetente Menschen nach und brauchen dafür mehr Möglichkeiten. Wir müssen zudem Personalressourcen dort einsetzen können, wo sie am Dringendsten gebraucht werden. Festgefügte Standards verhindern das. Deshalb unser Vorschlag für einen „Zukunfts-Paragrafen“ im Kita-Recht. Wir freuen uns sehr, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass Sie diese Initiative aufgegriffen haben und das Kabinett gestern mit einem weitreichenden Beschluss den Weg frei gemacht hat, um den Herausforderungen vor Ort angemessen begegnen zu können.

Einer Prüfung der Zielerreichung entziehen wir uns nicht. Aber: Ergebnisse zählen, nicht der Input.

Und wir wissen, wo wir in der Verantwortung stehen, niemand muss uns vorschreiben, dass wir uns um Personalgewinnung, Personalmanagement und Personalsicherung kümmern.

Lassen Sie es mich einfach so formulieren: Eine Transformation, in der alles so weiter gemacht wird wie bisher, gibt es nicht.

Derzeit sind schon alte Anforderungen von Bund und Land, die an uns gestellt werden, nicht finanziert.

Das gilt für die Kindertagesstätten, den Ganzttag in der Schule, die Digitalisierung der Schulen, das Teilhabe-Gesetz; bei dem der KVJS mittlerweile Kostensteigerungen zwischen 35% und 60% je nach Leistungsbereich erwartet. 2 Mrd.€ Bedarfe aus bestehenden Aufgaben haben wir errechnet, die vertagt wurden.

Wir erkennen, dass nicht mehr alle Leistungsversprechen so eingehalten werden können. Es gibt aber bislang durch uns alle aber keine Posterioritäten, keine Korrektur.

Auch vertagen wir die Diskussion über Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Verkehrs- und Wärmewende aus finanziellen Gründen auf Herbst 2024. Der Städtetag hat in dem finanzpolitischen Dilemma einen Klimaschutzfonds vorgeschlagen, der Kommunen jetzt handlungsfähig macht, ohne dass die finanzielle Verantwortung auf Dauer allein beim Land liegt.

Ich weiß, dass wir im Empfinden nicht so weit auseinanderliegen. Sonst gäbe es ja die Task Force zum Thema „Ausbau Erneuerbare Energien“. Aber schon beim Thema Klima gibt es eben noch viel mehr zu besprechen.

Und generell braucht es das Gefühl der Dringlichkeit und grundlegender Veränderung in nahezu allen Sektoren, nicht allein beim Thema Klima und Erneuerbare.

Zu guter Letzt: Wir sehen uns als Kommunen auch als Partner bei dem überragenden Thema, wie wir den Zusammenhalt bewahren können – die zentrale Voraussetzung, den Krisen der Zukunft resilient begegnen zu können. Ich weiß, dass ist ein wichtiges Thema für Sie, Herr Ministerpräsident, und ich

habe mich gern an dem von Ihnen einberufenen Beirat dazu beteiligt.
Unsere Demokratie und unser Zusammenhalt sind unter Druck.
Dem können wir vor Ort nicht allein begegnen.

Auch wenn hier mit einer Vielzahl von Initiativen diejenigen gestärkt werden müssen, die für Begegnung sorgen sowie Vertrauen und damit soziales Kapital aufbauen. Hass und Hetze und Verschwörungstheorien muss ein wehrhafter demokratischer Staat aktiv die Stirn bieten.

Und wir müssen gerade auch von den sogenannten Eliten erwarten, dass sie das Gemeinwesen nicht aushöhlen. Pauschale Abwertung von Gruppen sowie eine Verachtung gegenüber Politik im Allgemeinen und gegenüber Institutionen wie Regierungen, Verwaltung und Parlamenten sind keine Phänomene von Randgruppen auf Facebook. Das geschieht in meinungsbildenden Kreisen, in der Mitte der Gesellschaft.

Humanität und Respekt sind jedoch die Eckpfeiler, ohne die Rechtsstaat und Demokratie nicht dauerhaft überleben können. Humanität und Respekt – oder anders ausgedrückt: Anstand - sollten die Maßstäbe unserer Beteiligung am öffentlichen Diskurs sein und wo sie fehlen, sollten wir das thematisieren.

Und: alle Demokraten sollten sich nicht daran beteiligen, einen Kulturkampf zu befeuern.

Wir sind heute in der schwierigen Situation, dass Fragen der persönlichen Lebensführung Gegenstand von Regelungen werden. Mobilität, Ernährung, Konsum können nicht einfach ausgeklammert werden. Andererseits sind soziokulturelle und ästhetische Fragen längst zu gesellschaftlichen Abgrenzungsmerkmalen geworden. Das gilt es einzudämmen.

Die Nutzung dieser Konfliktlagen, scheinbare Sicherheit durch Identität und Abgrenzung zu erzeugen, sind Treiber der tiefgehenden Spaltung. Das Ergebnis der OB-Wahl in Mannheim zeigt schon fast amerikanische Verhältnisse: 80% in einem Stimmbezirk für den einen, 75% in einem anderen Stimmbezirk für den anderen Kandidaten. Das ist mit klassischer politischer Differenz nicht mehr zu erklären. Das sind lebensweltliche Bekenntnisse.

Das dürfen wir nicht befeuern: Georg Löwisch, Chefredakteur von Christ und Welt, hat dies überzeugend so begründet: Das Wesen der Demokratie ist die Verständigungsbereitschaft und der Kompromiss. Im Kulturkampf kann es keinen Kompromiss geben.

Er hat recht: Wenn sich Demokraten in diesen Kulturkampf begeben, begeben sie sich auf eine abschüssige Bahn, die den demokratischen Diskurs auf Dauer unmöglich macht.

In einem Kulturkampf wird allen, die politisch Verantwortung tragen und sich den aktuellen Herausforderungen stellen werden, die Legitimation abgesprochen werden. Hier gibt es für Demokraten nichts zu gewinnen.

Hier brauchen wir Städte eine klare Haltung, auch der Landespolitik.

Und wir müssen verstehen, dass so wie die Gegner der offenen Gesellschaft eine destruktive Strategie haben, die Verteidiger von Rechtsstaat ebenso eine von allen getragene konstruktive Strategie brauchen. Die kommunale Familie mit ihren Repräsentanten vor Ort könnten genau die Träger dafür sein.

Meine Damen und Herren, die Zukunft entscheidet sich vor Ort, in allen Dimensionen. Das ganz praktisch ernster zu nehmen, darin scheint mir der Schlüssel zu liegen. Auf diesem Weg wünsche ich dem Städtetag, den Schwesterverbänden und den entscheidenden Akteuren im Land und im Bund den größtmöglichen Erfolg.